



Im Lörracher Landratsamt diskutierten (von links) Gerhard Lorenz, Géza Teleki, Andreas Schwab, Hans Martin Tschudi, Hans Rudolf Gysin und Brigitte Pertschy.

FOTO: ANNETTE MAHRO

Ein heißes Eisen

Handwerk in der Grenzregion: eine Podiumsdiskussion im Landratsamt in Lörrach

VON UNSERER MITARBEITERIN
ANNETTE MAHRO

LÖRRACH. Eine Konkurrenz mit „gleich langen Spießen“ wünschen sich beide Seiten. Während deutsche Handwerksbetriebe in der Schweiz schlicht als Wettbewerber verstanden und auch so behandelt werden wollen, fürchten die Betriebe diesseits der Grenze noch immer ruinöse Preiskämpfe durch Konkurrenz aus dem Ausland. Auf Einladung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) und von Infobest Palmrain diskutierten Vertreter von Handwerk und Politik am Donnerstag im Lörracher Landratsamt ein heißes Eisen.

Während auf Schweizer Seite ein deutliches Vorgehen gegen befürchtetes Lohn- und Sozialdumping von Betrieben aus dem EU-Ausland gefordert wird, sehen sich deutsche Arbeitgeber nicht nur einem unüberschaubaren Tarifschunzel gegenüber, sondern auch nicht nachvollziehbaren Sanktionen. Mehr Transparenz forderte deshalb einmal mehr die EU-Beraterin der Freiburger Handwerkskammer, Brigitte Pertschy. Für Lörrachs Kreis-handwerksmeister Gerhard Lorenz war

im Juli als die Familienausgleichskasse Baselland erstmals so genannte Vollzugskosten-Rechnungen für 2006 ausgeführte Arbeiten verschickte, das Maß voll.

Den Deutschen werde ein Stein nach dem anderen in den Weg gelegt, so Lorenz. Zur Diskussion stehen Mindestlöhne, die nach Meinung der deutschen Seite nicht vergleichbar sind, beziehe doch die Schweiz weder hier geleistete Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung noch höhere Urlaubsansprüche in ihre Mindestlöhne ein. Problematisch sind für deutsche Betriebe aber auch Meldefristen mit acht Tagen Vorlauf, die kurzfristiges Ersetzen von Monteuren etwa im Krankheitsfall unmöglich machen, aber auch schwarze Listen, auf denen sich im Internet findet, wer sich je eines Verstoßes schuldig gemacht hat. Die gehörten tatsächlich ins Mittelalter, da stimmte auch der Schweizer Nationalrat und Direktor der Wirtschaftskammer Baselland Hans Rudolf Gysin, der deutschen Seite zu.

Das Recht gilt gleichermaßen für alle Betriebe

Allen anderen Einwänden setzte er jedoch entgegen: „Genau dasselbe Recht gilt auch für Schweizer Betriebe.“ Wenn

etwa seit August jedes Unternehmen, dessen Sitz außerhalb des Kantons Baselland liegt, eine Kautions von 20 000 Franken zu hinterlegen habe, so gelte das nicht nur für ausländische Firmen. Auch die Sanktionen hätten alle zu tragen, die sich nicht an geltende Gesamtarbeitsverträge hielten.

An guten nachbarschaftlichen Beziehungen ist es allerdings auch Gysin gelegen. Die Einrichtung einer Koordinations- und Schlichtungsstelle werde deshalb in einem Schreiben gefordert, das Andreas Schneider, Präsident der Wirtschaftskammer Baselland, und Martin Lamm als Vorsitzender der Handwerkskammer Freiburg in den nächsten Tagen nach Bern schickten, teilte Gysin mit.

Für praktikable Lösungen will sich auch Géza Teleki einsetzen, der als Mitglied der in der Schweiz für die Umsetzung des neuen Entsendegesetzes überwachenden tripartiten Kommission mit auf dem Podium saß. Die Probleme der deutschen Handwerker will er auch in die Oberrheinkonferenz bringen.

Einerseits, so argumentierte Teleki, sei zwar die in der Schweiz im nächsten Jahr bevorstehende Abstimmung über Weiterführung und Ausdehnung der bilateralen

Abkommen zu bedenken, im Vorgehen also eine gewisse Vorsicht geboten. Andererseits war es auch Telekis Satz, der mit Zwischenapplaus aus dem gut besetzten Saal bedacht wurde: „Die Schweiz ist auf die Personenfreizügigkeit in hohem Maße angewiesen.“ Eine ganze Liste mit Korrekturvorschlägen seitens deutscher Handwerker nimmt er jedenfalls jetzt mit nach Hause.

Für die Umsetzung einer gerechten Gleichbehandlung will sich auch Südbadens Europaabgeordneter Andreas Schwab einsetzen, der ebenfalls auf dem vom Basler Alt-Regierungsrat Hans Martin Tschudi moderierten Platz genommen hatte, und das „auf allen Ebenen“, wie der Parlamentarier betonte.